Berufsverband der Deutschen Urologen e.V.

Urologe 2010 · 49:884
DOI 10.1007/s00120-010-2331-7
© Springer-Verlag 2010

Redaktion

H. Jonitz, Darmstadt

+++ URO-Telegramm +++

Die folgenden „urologischen **Schlagzeilen**“ finden Sie unter www.urologie.de (=Urologenportal) im „**PRESSEBEREICH**“, sie sind besonders lesenswert:
„DGU-Arbeitskreis **Kinderurologie**“ – „Präsident benennt **Zukunftsstrategien**“ – „Bestnoten von **Prostata-Krebs-Patienten**“ – „**Nachwuchsförderung**“

60 000 Neuerkrankungen an PCa im Jahr fordern größtmögliche Forschungsanstrengungen: Im Rahmen ihrer umfangreichen Forschungs-Initiative hat die Deutsche Gesellschaft für Urologie (DGU) nun das **Charles Huggins-Stipendium** zur Förderung der Prostatakrebs-Forschung ausgelobt.

Die **Urologen in Bayern** schlagen angesichts der derzeitigen Honorarentwicklung Alarm und wehren sich juristisch gegen das **Vergütungssystem**: „Das RLV deckt bei Urologen nicht einmal die Ordinationsgebühr in Höhe von 21,20 Euro pro Quartal. Die Diskussion über Rationierung und Priorisierung in der Kassenmedizin hat sich damit erübrigt – sie werden zur Realität in deutschen Vertragsarztpraxen“, berichtet Dr. Tom Henschel, Sprecher des „Aktionsbündnis Urologie“ (ABU), dem Dachverband der bayerischen Urologen.

Vertragsärzte können gegen die **Zulassung von Kliniken** zur ambulanten Behandlung klagen – zu die-

sem Schluss kommt das Sächsische Landessozialgericht in einem aktuellen Urteil. Als erstes Landessozialgericht hat es damit auf der Grundlage des § 116b SGB V die Rechtsfrage geklärt, ob sich niedergelassene Vertragsärzte überhaupt gegen behördliche Erlaubnisse wenden können, die Krankenhäusern die Teilnahme an der ambulanten vertragsärztlichen Versorgung ermöglichen.

Weil sie einen am Ende tödlichen Darmkrebs mehrere Monate zu spät erkannt hatte, muss eine Ärztin aus Niedersachsen eine **hohe Entschädigung** zahlen. Das Landgericht Göttingen verurteilte die Medizinerin zur Zahlung von 70.000 Euro Schmerzensgeld und monatlich 650 Euro Unterhalt an den Witwer der verstorbenen Patientin.

„Im Bereich der Krebstherapie würden im deutschen Gesundheitswesen **Eurobeträge in Milliardenhöhe** seit Jahren verschleudert. Selbst absurdeste, ja obszöne Medikamentenpreise von über 100.000 Euro werden ohne mit der Wimper zu zucken von den Krankenkassen bezahlt“, warnt das „Ärztebündnis gegen obszöne Medikamentenpreise“ (ÄBOM) in einem offenen Brief an Bundesgesundheitsminister Phillip Rösler (FDP).

Zahlreiche Krankenhäuser planen zwar derzeit eine stärkere Öffnung für die ambulante medizinische Versorgung – organisieren sich die Nie-

dergelassenen vor Ort jedoch geschlossen gegen die Pläne, sehen die Kliniken oft alt aus. Aktuelles Beispiel: Der **Widerstand der Hautärzte** aus Essen, Oberhausen und Mülheim gegen die Uniklinik Essen.

Die **Unterschriftenaktion für das Kostenerstattungssystem** des Bayerischen Facharztverbandes (BFAV) wird ab sofort auch vom Hartmannsbund unterstützt. Der Verband zählt nun auch zu den Verbänden, die als Befürworter aufgelistet sind und werde seine Mitglieder in den nächsten Tagen dementsprechend informieren, teilte der Verband kürzlich in Berlin mit.

Der Präsident des Berufsverbandes Deutscher Internisten (BDI), Dr. Wolfgang Wesiack, hat sich gegen den Vorschlag der KBV ausgesprochen, **bei jedem Arztbesuch eine Kas-sengebühr** von fünf Euro zu erheben. Die Überlegung laufe auf ein „unsinniges Abkassieren der Patienten“ hinaus.

Die AOK wird nicht müde, ihr neues Bewertungsportal „**AOK-Arzt-navigator**“ als innovativ und sicher anzupreisen. Dabei hat die KV Berlin aktuell eine potentielle Sicherheits-lücke in dem Portal entdeckt. So sei es möglich gewesen, sich mit erfundenen Versichertendaten anzumelden und Bewertungen abzugeben!

Der Bayerische Facharztverband (BFAV) hat in einem Offenen Brief an Ministerpräsident Horst Seehofer betont, dass er hinter der Forderung des Politikers nach der **Kostenerstattung in der ambulanten medizinischen Versorgung** steht. Jetzt müsse der Begriff jedoch genau definiert werden.

Nach Einschätzung der Chefin des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen, Doris Pfeiffer, hat der **Gesundheitsfonds** die angespannte Finanzlage der Kassen zusätzlich verschärft. „Der Fonds hat uns ein großes Problem gebracht“, sagte Pfeiffer der „Saarbrücker Zeitung“.

Einladung

zur ordentlichen Mitgliederversammlung des
BERUFSVERBANDES DER DEUTSCHEN UROLOGEN E.V.

**am Freitag, den 24.9.2010 in Düsseldorf anlässlich des
62. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Urologie**

Ort: Raum 26/27/28 – Zeit: 11.00 Uhr

Tagesordnung

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bericht zur Lage mit Aussprache
3. Bericht des Schatzmeisters
4. Entlastung des Präsidiums
5. Wahlen
 - a. des Präsidenten
 - b. des 2. Vizepräsidenten
6. Anträge
7. Ehrungen
8. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Martin Bloch, Präsident